



Landesbeauftragte: erfolgreiches 5. gemeinsames Treffen der Verbände der SED-Opfer aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen

Beauftragte
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker:

Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter war Symbol der Hoffnung und ein großes Versprechen für Gerechtigkeit für politische Häftlinge in der DDR: hier wurden die Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes dokumentiert und aufbewahrt, um damit die Voraussetzung für die juristische Aufarbeitung zu schaffen.

Die Opfer von Justiz und Polizei in der DDR forderten in Salzgitter die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, nach denen u.a. ehemalige politische Häftlinge Anträge auf Rehabilitierung stellen können. Dies ist dringend geboten, um 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution die Zugänge zu individueller Rehabilitierung offen zu halten.

Hintergrund:

Am Mittwoch, 12.6. fand das (nunmehr fünfte) jährliche Netzwerktreffen, diesmal in Salzgitter, statt. Teilnehmer waren die Vertreter von Opferverbänden und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie die Mitglieder des Netzwerk Niedersachsen für SED- und Stasi-Opfer.

Inhaltlich beschäftigte sich das Treffen mit der Arbeit der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (ab 1961, auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt). Für die Aufarbeitung ist die Opferberatungsstelle im niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (Dokumentarfilm „Das Archiv des Unrechts“) ein wichtiger Partner.

Die Verbände- und Netzwerkvertreter sind sich über die Notwendigkeit der Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze einig (Bundesratsdrucksache 233/19) und sehen den Gesetzgeber (den deutschen Bundestag) in der Pflicht: Die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze dürfen am 31.12.2019 nicht auslaufen. Allein in Sachsen-Anhalt stellen jährlich ca. 1.300 Frauen und Männer neue Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen.

Die Stasiunterlagen sind – auch nach den Ergebnissen der niedersächsischen Enquetekommission „Verrat an der Freiheit“ – zur Aufarbeitung weiterhin von großer Bedeutung. Die Überprüfungen müssen weiterhin möglich sein (Bundesratsdrucksache 231/19).

**Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

Kontakt: Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Telefon: 03 91 / 5 60-15 01
Telefax: 03 91 / 5 60-15 20
E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de
Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

PRESEMITTEILUNG